

Parteien sind grossartig und unersetzlich

Die politischen Parteien sehen gerade etwas alt aus. Dennoch sind sie existenziell wichtig. Es ist Zeit, delicate Fragen zu besprechen: Kantons- und Gemeindepolitiker verdienen zu wenig – und die Digitalisierung der Demokratie birgt Risiken. Von Fabian Schäfer

Es ist nur eine Randnotiz. Aber sie ist symptomatisch. Die Passage findet sich in einem der vielen Medienberichte über Alfred Gantner, den überaus erfolgreichen Finanzmanager, der momentan gerade für Furore sorgt. Er ist der führende Kopf von «Kompass/Europa», einer neuen Bewegung, die zuerst einmal das Rahmenabkommen mit der EU verhindern will, später aber weitere grosse Ziel verfolgt, in so verschiedenen Bereichen wie Altersvorsorge oder Strommarkt. Unlängst hatte Gantner einen Auftritt in der «NZZ am Sonntag», dort war über ihn zu lesen: «Wenn er mit Politikern spricht, versteht er manchmal gar nicht, worum es diesen geht. Neulich sagte ihm jemand, man müsse beim Rahmenvertrag jetzt Bundesrat Ignazio Cassis schützen. Gantner lächelt, als er das erzählt. Das ist keine Kategorie in seinem Denken.»

Man kann sich das Lächeln des Unternehmers gut vorstellen: Ein kopschüttelndes, beinahe mitleidiges, vielleicht auch herablassendes Lächeln dürfte es sein. Wie können sie nur, diese Politiker? Die Botschaft ist klar, auch wenn alles nur vage angedeutet ist: Wie peinlich ist doch diese ganze Parteipolitik, die da in Bern veranstaltet wird! Wie kommt dieser Jemand, sicher ein Freisinniger, dazu, in einer derart wichtigen Debatte Rücksicht auf seinen Parteikollegen Cassis zu nehmen? Da darf es doch nur um die Sache gehen. – Und ja: Wer die Passage liest, dürfte Gantner spontan recht geben.

Die Schweizer Parteien waren noch nie besonders stark – und beliebt schon gar nicht. Gegenwärtig aber hinterlassen sie einen bedenklich schwachen Eindruck. Sie zu belächeln, fällt leicht. Die einen schlagen sich etwas besser, die anderen etwas schlechter. Doch keine Partei gibt ein wirklich gutes Bild ab. Das lässt sich vor allem auf zwei Faktoren zurückführen.

Erstens sind es just frische und unverbrauchte Kampfgruppen wie Gantners «Kompass»-Allianz, die den Parteien zusetzen. Schon früher sah sich die etablierte Politik durch soziale Bewegungen herausgefordert, die sich frei und ungebunden gegen Atomkraftwerke oder für die Frauen einsetzten. In den letzten Jahren hat sich diese Entwicklung akzentuiert. Vermehrt sind in der politischen Landschaft «wilde» Gruppierungen anzutreffen, die alles Erdenkliche sein wollen, nur keine Parteien. Ihnen bietet die direkte Demokratie mit den vielen Abstimmungskämpfen und Mitsprachemöglichkeiten ein attraktives Biotop.

Bewegungen grenzen sich ab

Zu den prominentesten Beispielen gehören die «Operation Libero», die für eine «weltoffene und zukunftsgerichtete» Schweiz kämpft, oder der «Klimastreik». Daneben gehen Hilfswerke und Umweltverbände vermehrt dazu über, die Politik nicht mehr nur zu beeinflussen, sondern sie gleich selber zu machen. Ihre Initiative für Konzernverantwortung wäre beinahe angenommen worden. Und nun ruft die Europapolitik neue Bewegungen auf den Plan. Neben «Kompass/Europa» hat sich eine zweite Gruppe namens «Autonomiesuisse» formiert, die das Abkommen ebenfalls ablehnt. Auch hier ist eine gewisse Geringschätzung nicht zu überhören, wenn das Komitee auf seiner Website beteuert, sein Einsatz erfolge «ohne Parteieplänkel».

Neben den jungen, agilen Gruppierungen, die auf nichts und niemanden Rücksicht nehmen müssen, sehen die Parteien mit ihren Sachzwängen unweigerlich alt aus. Erschwerend kommt der zweite Faktor hinzu: die Corona-Pandemie. Den Parteien fällt es schwer, in der Krise klare und eigenständige Positionen zu finden und durchzuhalten. Sie schaffen es kaum, neben dem omnipräsenten Bundesrat eine sichtbare Rolle zu spielen. Es bleibt dabei: Die Krise ist die Zeit der Regierung.

Die Parteien hingegen darben. Nicht zum ersten Mal. Ihre Stellung im politischen System der Schweiz war schon immer prekär. Bis 1999 waren sie nicht einmal in der Verfassung erwähnt, im Gegensatz etwa zu den Sozialpartnern. Noch heute haben Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften im helvetischen Entscheidungsprozess mindestens so viel Einfluss wie die Parteien, deren Zentralen



Gerade heute geht zu leicht vergessen, welche existenziell wichtige Rolle die Parteien spielen. Sie sind der Nährboden der Schweizer Demokratie.

personell schwach dotiert sind. Hinzu kommen die alten Sorgen: Die Parteibindungen erodieren, die früheren Milieus sind praktisch verschwunden, seit dem Ende der Parteipresse ist die Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs breit gestreut. Und nun also auch noch die Statistenrolle in der Krise und die Konkurrenz durch die neuen Bewegungen – ist das der Anfang vom Ende?

Hoffentlich nicht. Bei allen Unzulänglichkeiten, bei allen inhaltlichen Slalomfahrten, bei allen Rücksichtnahmen, bei allen Anbiederungen, bei allem Ärger auch und bei allen Peinlichkeiten: Ohne die Parteien geht es nicht. Gerade heute geht zu leicht vergessen, welche existenziell wichtige Rolle sie spielen. Sie sind der Nährboden der Schweizer Demokratie.

Die Parteien bilden die wichtigste Verbindung zwischen Bürger und Staat. An ihren Versammlungen, wo die Basis auf die Amtsträger trifft, entstehen Nähe und Identifikation. In Abertausenden Stunden ehrenamtlicher Arbeit rekrutieren Parteifunktionäre Frauen und Männer für die politischen Gremien auf allen Ebenen des Staates. Damit stellen sie nicht nur die Bürgernähe sicher, sondern ganz generell das Funktionieren der vielgliedrigen Institutionen in diesem Land.

Und es ist kein gutes Zeichen, dass sich gerade hier, bei der Suche nach dem politischen Personal, die Schwindsucht der Parteien deutlich offenbart. Seit Jahren grassiert auf dem Land das Parteiensterben. Viele Ortssektionen sind bereits eingegangen. Der Anteil der Parteiloseren in den Gemeinderäten kleiner Dörfer nimmt sukzessive zu. Mit einem Drittel aller Gemeinderäte stellen sie mittlerweile die grösste «Partei» überhaupt.

Wenn sich diese Entwicklung in den grösseren Gemeinden fortsetzt, ist das gefährlich. Die Parteien könnten damit eine zweite elementare Funktion verlieren, die sie für das Land so wichtig macht: Sie bilden eine Art Volkshochschule für die politische Lösungssuche und den Kompromiss. Das beginnt in den Parteien selber, in denen sich oft verschiedene Lager zusammenraufen müssen. Die nächste Stufe folgt in den Gemeinderäten, in denen die Parteivertreter nicht darum herumkommen, sich auf Andersdenkende und fremde Positionen einzulassen, wenn sie etwas erreichen wollen. All dies bleibt den europapolitisch und anderweitig Bewegten, die einfach nur dem eigenen Kompass folgen, erspart. Manch ein Quereinsteiger im Bundeshaus hingegen wäre effizienter, wenn er die gute alte Ochsentour absolviert hätte.

Die Schwäche der Parteien hat auch mit Geld zu tun, mit fehlendem Geld. Die vermeintlich einfachste Lösung, die staatliche Parteienfinanzierung, würde jedoch mehr Probleme schaffen als beheben. Vor allem würde sie das wertvolle Milizprinzip defini-

tiv verdrängen. Allerdings besteht heute in finanzieller Hinsicht eine störende Zweiklassengesellschaft. Während die Mitglieder von National- und Ständerat eine üppige – wenn nicht zu üppige – Entschädigung erhalten, werden Kantons- und Gemeinderäte vielerorts sehr bescheiden bezahlt. Das erklärt zum einen die Fluktuation in Kantons- und Gemeinderäten und zum anderen wohl auch das Ausharren einzelner Bundesparlamentarier. Eine angemessene Erhöhung der Fraktionsbeiträge und Sitzungsgelder in Gemeinden und Kantonen wäre eine gute Investition. Sonst besteht die Gefahr, dass nur noch Lobbyisten, Staatsangestellte oder Pensionierte kandidieren.

Wer die Parteien nicht weiter drangsalieren will, sollte zudem bei der Digitalisierung der Demokratie auf die Bremse treten. Potenziell tückisch ist vor allem das E-Collecting, das es erlauben würde, Referenden und Initiativen direkt am Bildschirm zu unterschreiben. Schon bisher hat das Internet Unterschriftensammlungen stark vereinfacht, die Signatur per Mausclick könnte aber einen wahren Quantensprung bewirken. Ein Komitee, das auf der richtigen Website wirbt, hätte die Unterschriften im Nu beisammen.

Man kann es auch übertreiben mit der direkten Demokratie, minimale Hürden sind notwendig. Sonst leiden die Stabilität und die Berechenbarkeit des Systems. Wie sollen im Parlament noch Kompromisse gelingen, wenn plötzlich jede Interessengruppe referendumsfähig wird, nur weil sie schlaue Online-Strategen hat? Die Parteien würden doppelt leiden: Ihr Einfluss würde weiter schrumpfen, und eine Flut von Urnengängen könnte ihre Kapazitäten überfordern.

Kompromisse gehören dazu

Darüber hinaus müssen sich die Parteien selber helfen. Gefragt sind neue Wege, um die Menschen zu erreichen und zu mobilisieren. Die Parteispitzen müssen kommende Konflikte antizipieren und sich früh klar positionieren. Das klingt einfacher, als es ist. Die interne Meinungsbildung dauert lange, nicht alle Kantonalsektionen ticken gleich, manche Parlamentarier sind eigenwillig. Und am Ende müssen die Parteien immer Kompromisse eingehen, wenn sie etwas erreichen wollen. All dies macht die Essenz dieser faszinierenden Gebilde aus – und hemmt gleichzeitig ihre Schlagkraft im Widerstreit der Meinungen.

Komfortabler ist die Lage für Bewegungen à la «Operation Libero» oder «Kompass», die problemlos bei der reinen Lehre bleiben können. Sie sind eine Bereicherung für die politische Debatte, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Sie können nicht die Parteien ersetzen. Dazu mangelt es ihnen an vielem: an Inhalt, Transparenz, Legitimation, Kontinuität und vor allem an der Kompetenz zur Konkordanz. Mit ihnen ist kein Staat zu machen.